



Per E-Mail

Ständerat

Staatspolitische Kommission

3003 Bern

[spk.cip@parl.admin.ch](mailto:spk.cip@parl.admin.ch)

## **Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 16.456 SPK-SR. Kündigung und Änderung von Staatsverträgen. Verteilung der Zuständigkeiten**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wir folgt wahrnehmen:

### **1. Grundsätzliche Bemerkungen**

Die SP Schweiz unterstützt die vorgeschlagene Vorlage ohne Vorbehalte. Auch wenn wir grundsätzlich keine politische Notwendigkeit von Kündigung von Staatsverträgen sieht, so begrüßen wir dennoch eine Klärung der Zuständigkeitsfrage im Sinne des Vorschlags der SPK-S.

Eine Kündigung eines Staatsvertrages hat für die Bürger/innen materiell faktisch die gleiche Tragweite wie deren Abschluss.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund sieht die SP Schweiz die bislang angewandte Praxis des Bundesrates der alleinigen Zuständigkeit für die Kündigung kritisch.<sup>2</sup> Vielmehr ist es deshalb insbesondere aus Gründen der demokratischen Legitimität korrekt, dass dafür jeweils das gleiche Bundesorgan zuständig ist (Prinzip des Parallelismus der Zuständigkeiten gemäss Art. 24 VE-ParlG)<sup>3</sup>.

Darüber hinaus hat die SP Schweiz zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen keine weiteren Bemerkungen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 8.

<sup>2</sup> Vgl. BR-Antwort Ip. 14.4249 Schneiter-Schneiter, Schutz der Rechte der Stimmbevölkerung

<sup>3</sup> Siehe Erläuternder Bericht, S. 13.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat  
Präsident



Claudio Marti  
Politischer Fachsekretär